

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1909

74 (29.3.1909)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Mk., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk. vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
Sprechstunde d. Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile, aber deren Raum 20 Pfg. Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag
Buchdruckerei Ged. u. Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, Aus der Partei u. Letzte Post: W. Kolb, Residenz, Kommunes, Neues v. Tage, Feuilleton u. Unterh. - Teil.: A. Weismann, Gewerkschaftl., Chronik, Genossenschaftl., Soz. Mundschau: S. Kadel, alle in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Finanzwirtschaft und -Politik in Baden.

Karlsruhe, 29. März.

Die Finanzkrisis in unserem Staatshaushalt bildet gegenwärtig den Gegenstand lebhafter Erörterungen in der Presse. Dabei muß man es wieder erleben, daß die Dinge in einem Lichte dargestellt werden, als stünden wir in Baden sozusagen unmittelbar vor dem Staatsbankrott. Die „Badische Landeszeitung“ brachte vor einigen Tagen einen längeren Artikel über die Finanzkrisis, der neben manchem Beachtenswerten auch Vorschläge bringt, gegen die man nicht zeitig und energisch genug Stellung nehmen kann. Es wird da in Bezug auf das Sparen auf das Beispiel Sachsens hingewiesen. Herr Sonje II hat schon auf dem letzten Landtag in einer in der ersten Kammer gehaltenen Rede auf dieses Beispiel exemplifiziert. In Sachen hat der Finanzminister den Grundsatz der wirtschaftlichen Sparsamkeit in der Weise zur Durchführung gebracht, die Beamtenzahl tunlichst zu erniedrigen und Gehaltserhöhungen nach Möglichkeit hintanzuhalten, Staatsbauten nur bei unabweisbarem Bedürfnis und dann schlicht und einfach auszuführen, überhaupt an sich nötige, aber doch aufschiebbare Ausgaben aller Art, nur insoweit zu befriedigen, als bei engerster Prüfung sich ergibt, daß eine zwingende Notwendigkeit besteht, die Aufwendung gerade zur gegenwärtigen Zeit zu machen.

Dieses Sparprinzip enthält neben guten auch sehr bedenkliche Vorschläge. Es ist auf Baden schon deshalb nicht ohne weiteres übertragbar, weil wir keine eigentliche Staatsschuld haben, uns also gar nicht in der finanziell prekären Lage wie Sachsen befinden. Gewiß ist die Finanzlage augenblicklich auch bei uns keine zufriedenstellende. Allein sie ist auch nicht so trostlos, wie das von den professionellen Schwarzmalern dargestellt wird. Wenn das jetzige Budget mit einem Defizit abschließt, so darf man nicht vergessen, daß wir in einer Zeit starker wirtschaftlicher Depression leben und daß wir in dieser Budgetperiode einen neuen Gehaltstarif bestimmen haben, der Millionen Mehrausgaben verursachte. Wäre dieses Gesetz in einer wirtschaftlich normalen Zeit gemacht worden, dann hätte der Staatshaushalt im Gleichgewicht gehalten werden können. Bei einer Gegenüberstellung mit Sachsen darf ferner nicht außer Acht gelassen werden, daß Sachsen eine nicht unerhebliche Staatsschuld besitzt, während wir in Baden keine Staatsschuld, vielmehr in der Amortisationskasse ein Staatsvermögen von über 30 Millionen Mark haben. Das ist denn doch ein Unterschied in der Finanzlage der beiden Staaten, den man nicht übersehen darf.

Was nun das Sparen betrifft, so ist es an sich sehr zu begrüßen, wenn gespart wird, es kommt nur darauf an, wo und wie gespart werden soll. Da darf man vor allem nicht vergessen, daß der Staat nicht nur wirtschaftliche, sondern auch Kulturaufgaben zu erfüllen hat. Das gilt auch für die Staatsbauten. Der Staat darf und kann nicht lauter Kasernenbauten errichten. Die architektonische und künstlerische Seite hat bei den Staatsbauten auch nicht so viel gekostet, als daß hier nun plötzlich außergewöhnlich gespart werden müßte. Wenn unsere Staatsbauten teilweise so teuer zu stehen kamen, dann waren andere Ursachen — mangelhafte Voranschläge, nachträgliche Änderungen usw. daran schuld.

Bei den Beamten kann gespart werden, namentlich was die Zahl derselben betrifft. Aber hier muß das Uebel an der Wurzel gefaßt werden, wenn bei der Sparerei etwas herauskommen soll. Vor allem muß dem System des auf die Schablone eingeschweißenen Bürokratismus auf den Leib gerückt werden. Die Bequemlichkeit des Bürokratismus, seine Schlämperei und Gemächlichkeit in der Erledigung von Geschäften, die ohne viel Schreiberei auf dem Wege gegenseitiger mündlicher Aussprache erledigt werden können, seine Borniertheit gegen alle Neuerungen, seine Rückständigkeit in der Regelung untergeordneter Verwaltungsaufgaben sind zu bekämpfen. Es gilt mit einem Worte, den Kampf gegen die Mandarinenwirtschaft, die der Bureau-

kratismus gezeitigt hat. Was im privaten Geschäftsverkehr ein Mann mühelos erledigt, dazu braucht der Bürokratismus ein halbes Duzend und noch mehr Beamte. Daher auch die allgemeine Klage, daß der Staatsverwaltungsbürokratismus so teuer arbeitet. Man höre endlich damit auf, die obersten Stellen nur mit Reuten zu besetzen, die zeitweilen nur in Staatsbüros gear- beitet haben. Die können beim besten Willen nicht anders, als sich an die hergebrachte Schablone halten. Diese Leute bringt man mit Neuerungen fast zur Verzweiflung; daher ihr Widerstand gegen dieselben.

Hier kann aber eine grundlegende rationelle Aenderung nur eintreten, wenn man die Staatsverwaltung demokratisiert. Der Widerstand gegen die Demokratie ist in letzter Linie die Ursache des überwuchernden teuren Bürokratismus. Die Demokratie schafft und bringt neues fruchtbringendes Leben in die Staatsverwaltung. Es ist eine total falsche Meinung zu glauben, nur derjenige, der in der Verwaltung aufgewachsen sei, taugte für die Verwaltung. Es gibt außerhalb derselben Verwaltungstalente, die viel Besseres zu leisten vermögen, als die verknöcherten Bürokraten mit ihren überlebten Ueberlieferungen beim besten Willen leisten können. Die Gemeindeverwaltungen, namentlich solche in demokratisch regierten Staaten liefern dafür Beweise genug. Unserer Bürokratie geht es wie unserer Diplomatie. Beide sind rückständig, teuer und nicht genügend leistungsfähig, weil sie auf total veralterten Ueberlieferungen basieren. Die demokratisch regierten Staaten haben durchweg bessere Diplomaten, als das verunkerkelte Deutschland, weil in diesen Staaten das diplomatische Talent freie Bahn hat, während bei uns der Stammbaum und die Protektion sowohl bei der Diplomatie als auch meistens bei der Befetzung der höchsten Staatsstellen den Ausschlag geben.

Mit Fickwerk kann also auf dem Gebiete der Staatsverwaltung weder viel gespart noch viel gebessert werden. Ganz energisch aber muß gegen das Sparhitem Front gemacht werden, daß „an sich nötige, aber doch aufschiebbare Ausgaben aller Art“ auf die lange Bank schieben möchte. Das hieße die Finanzkrise verewigen und sie zum Finanzbankrott auszuwachsen lassen. Denn darüber muß sich doch heutzutage jeder klar sein, der in öffentlichen Angelegenheiten etwas mit- sprechen will, daß die Aufgaben und damit die Ausgaben des Staates ständig wachsen. An sich notwendige Ausgaben verschieben, heißt in der Praxis nichts anderes, als notwendige Ausgaben bis zu einem Punkte an- hängen, wo sie gar nicht mehr gelöst werden können, ohne den Steuerdruck ins Ungemessene zu steigern, oder aber, diese notwendig zu lösenden Aufgaben überhaupt nicht zu erfüllen. Weder das eine noch das andere kann ein vernünftiger Staatsmann wollen. Ein klassisches und zugleich abschreckendes Beispiel für diese Sorte Sparsamkeit liefert unsere badische Volksschule. Da hat man an sich notwendige Ausgaben so lange „gespart“, bis es so weit gekommen ist, daß das reformierte Schulgesetz gar nicht durchgeführt werden konnte und in Jahren noch nicht durchgeführt werden kann, wenn nicht mit einem Male Millionen für die Sünden früherer Jahre verausgabt werden sollten.

Wir haben die Frage etwas ausführlicher erörtert, weil sie beim bevorstehenden Landtagswahlkampf eine große Rolle spielen wird. Es heißt die Augen aufmachen und sich nicht ins Bockshorn jagen lassen durch das Gespinnst über die traurige Finanzlage. Es ist die Reaktion, die dieses Schreckgespenst aufspuckt und damit Geschäfte zu machen versucht. Der Kampf auf dem Gebiete der Finanzpolitik muß auf dem Boden prinzipieller Auseinandersetzungen geführt werden. Es ist der Kampf gegen die politische und wirtschaftliche Rückständigkeit schlechthin und für die soziale und politische Demokratie. Das den Wählern begreiflich zu machen, die Finanzfrage in richtigen Zusammenhang mit allen übrigen Fragen, namentlich mit der grundlegenden Reorganisation der ganzen Staatsverwaltung zu bringen, ist die Aufgabe unserer Redner und Kandidaten.

Neueste Nachrichten.

Die Weinsteuer abgelehnt.

Berlin, 29. März. Die Finanzkommission des Reichstages hat bekanntlich auch zur Vorberatung der Weinsteuer eine Subkommission eingesetzt, die demnächst über ihre Beratungen an die Hauptkommission Bericht erstatten wird. Einigermassen überraschend ist, daß die Kommission bei der Schlussabstimmung die Weinsteuer abgelehnt hat. Die Freisinnigen, die sich in der Hauptkommission gespalten hatten, stimmten geschlossen gegen die Steuer. Wahrscheinlich haben die Mißbilligkeiten im Bloß die Einigkeit unter den Freisinnigen fertig gebracht, womit die Weinsteuer vorerst aus dem Steuerbouquet ausgegliedert sein dürfte.

Zum Nassauischen Erbfolgestreit.

Wiesbaden, 27. März. Im Erbfolgestreit des Grafen Merenberg gegen das Haus Nassau wurde heute früh vom Landgericht Wiesbaden folgende Entscheidung verkündet: Die Klage wird auf Kosten des Klägers, Grafen Merenberg, abgewiesen und zwar auf Grund der hausgesetzlichen Bestimmungen vom Jahre 1822.

Die Balkankrise.

Die Situation hat sich gebessert.

Wien, 27. März. Das „Fremdenblatt“ meldet aus London: Die englische Regierung hat den letzten Vorschlag Lehrenthals vorbehaltlos und ohne Wänderung angenommen.

Wien, 28. März. Auch die russische und französische Regierung nahmen die Lehrenthalsche Formel an.

Serbien rüstet ab?

Belgrad, 27. März. Wie verlautet, wird der Kriegsminister morgen eine Verordnung erlassen, nach welcher sämtliche, über den normalen Friedensstand in den Kasernen sich befindenden Reservisten beurlaubt werden. Die Maßnahme kommt einer beginnenden Abrüstung gleich.

Die serbische Thronfolgerfrage.

Belgrad, 27. März. In dem heutigen Kronrat unter dem Vorsitz des Königs nahmen sämtliche Minister, die Präsidenten des Staatsrates, des Kassationshofes und des Appellationshofes, sowie der Hauptrechnungskontrollen teil. Kronprinz Georg gab vor dem Kronrat eine Erklärung über die Verzichtleistung auf die Thronfolgerechte ab und unterzeichnete das sich hierauf beziehende Protokoll. Nachdem dieses auch von sämtlichen Anwesenden unterfertigt worden war, hat der Kronprinz auf die mündliche Frage, ob er auf dieser seiner Abdikation beharre, bejahend geantwortet. Es wurde beschlossen, diesen Staatsakt der Kupschina zur Kenntnis zu bringen. Sobald dies geschehen sein wird, wird Prinz Alexander als Kronprinz von Serbien proklamiert werden.

Privat-Telegramme.

Naumann und der Block.

Berlin, 29. März. Obwohl man am Samstag in den Kreisen der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft glaubte, es werde Bülow gelingen, den Block zusammenzuhalten, veröffentlicht in der heutigen Montagsausgabe des „Berliner Tageblatt“ der Abg. Naumann einen phantastisch-optimistischen Artikel über die Aufgaben des neuen Anti-Blocks. Er sagt u. a.: Jetzt gehören alle Liberalen und alle Oppositionsparteien zusammen. Von Bebel bis Wasserfall muß eine Balance geschlossen werden, denn es beginnt eine neue Periode politischer Entwicklung. Was hinter uns liegt, muß vergessen werden. Der deutsche Liberalismus erlebt eine Neugeburt. Der Kampf gilt den Junkern, jenen „Patrioten“, die alles nehmen und nichts geben wollen.

Große Kundgebung gegen die Tabaksteuer.

Wiesfeld, 29. März. Große Versammlungen, einberufen von Sozialdemokraten, Christlich-Sozialen und Freisinnigen, fanden gestern hier statt. Von 13 Tribünen herab wurde gesprochen; 18000 Menschen waren anwesend. In einer angenommenen Resolution wurde ausgesprochen, daß im Bezirk Wiesfeld allein 10000 Arbeiter durch die Annahme der Tabaksteuererhöhung brotlos würden.

(Weitere Telegramme siehe Seite 7.)

